

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.



Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellbar bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsbank Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: 1,50 Mark. Für ein Jahr: 15,00 Mark. Einmalige Anzeigen: 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher Redakteur: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. In Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besieger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., beidseitig Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 47

Donnerstag, den 25. Februar 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Aussprache über die Reichspräsidentenwahl fortgesetzt. Reichspräsident Hindenburg wurde sich gegen den Abg. Goebbels wegen dessen Behauptungen über die Bedeutung und Verhältnisse der Reichspräsidentenwahl ausgesprochen. Es kam wieder zu großen Diskussionen. Der Reichstag schloß die Sitzung unterbrochen ab.

Die Reichsregierung stellt in Aussicht, daß die Biersteuererhöhung noch vor Ostern, nämlich zum 28. März, in Kraft tritt. Der Berliner Bierpreis ist allgemein. Am Donnerstag früh 3 Uhr wird in Berlin kein Bier mehr ausgegeben.

Die Mißbrauchsgabe des „Böhmischen Besatziers“ ist wegen der Gefahr gegen die Beibehaltung des Reichspräsidenten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung polizeilich beschlagnahmt worden.

Nach am Mittwoch sind die japanischen Angriffe auf Kiangnan geendet. Donnerstag früh wurde mit einem neuen allgemeinen Angriff begonnen.

Musikalisches an anderer Stelle.

Die Internationalisierung der Luftfahrt gänzlich unvorstellbar sei, wenn nicht vorher ein auf freiwilliger Vereinbarung beruhender Ausgleich der Luftlinien auf das denkbar niedrigste Niveau zustande komme.

## Italien kümmert sich nicht um die Genfer Beschlüsse.

Genève, 24. Februar. Obwohl vom Völkerverbund beschlossen worden ist, daß in kürzester Zeit ein verfassungsmäßiges Direktorium gebildet werden soll, hat der Gouverneur noch nichts getan, um Verhandlungen über die Bildung eines solchen Direktoriums in die Wege zu leiten. Die italienischen Parteien haben dem Gouverneur übermüßig durch ein Schreiben mitgeteilt, daß, nachdem Böttiger sein Amt als Präsident des Direktoriums niedergelegt hat, hindernde Gründe für Verhandlungen über die Bildung eines dem Staat entsprechenden neuen Direktoriums nicht mehr im Wege stehen. Sie halten jedoch an dem Protest fest, den sie an den Gouverneur in einem Schreiben wegen der Vorgänge bei dem Landesdirektorium gleich nach dem Vorfalle gerichtet haben. Der Gouverneur ist heute nach Rom gefahren.

son wo er sich anscheinend Rückschlüsse für sein weiteres Verhalten holen wird.

## Ein Panzerzug nach Memel?

Krotzingen, 24. Februar. Wie verlautet, ist der litauische Panzerzug, der bei Romov stationiert ist, nach Memel in Fahrt gesetzt worden. Er soll offensichtlich zur Unterstützung der Aktion dienen, die von litauischer Seite gegen das Memelgebiet durch Verteilung von Flugblättern in den Kasernen und Ausgabe von scharfer Munition vorbereitet wurde. Als Vorwand wird von litauischer Seite für die Entsendung des Panzerzuges angegeben, daß man deutsche Aktionen von Litauern her befürchte und das Memelland dagegen schützen müsse.

## Der Memelzwischenfall vor dem englischen Unterhaus.

London, 24. Februar. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Salter ersuchte den Staatssekretär des Auswärtigen, die im Memelstift durch Deutschlands Aneignung des Völkerverbundes geschaffene Lage dem Hause darzustellen. Der parlamentarische Sekretär des Foreign Office verwies auf den Tolban-Bericht.

## Die Scheidung der Geister.

Di. I. Berlin, 25. Febr. (Sign. Dienst.) Im Lager der Reichsregierung sind die Entscheidungen hinsichtlich der Reichspräsidentenwahl vorübergehend fast überakt nach. Zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Teilen der Reichsbürger Front sind gegenwärtig, wie vorausgesehen war, gewisse Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der Durchsetzung der Sonderkandidatur im Gange. Es läßt sich leicht verstehen, daß die Nationalsozialisten in dieser Beziehung anderer Auffassung sind als die Deutschnationalen und der Stahlhelm.

Der Reichslandbund hat es bekanntlich abgelehnt, eine Parole zugunsten der Wiederwahl Hindenburgs auszugeben. Dafür muß er gewisse Abspaltungen in seinen eigenen Reihen in Kauf nehmen. Auf der anderen Seite muß die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die sich stark für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzt, es sich gefallen lassen, daß ihre in Württemberg gewählten Abgeordneten öffentlich von diesem Entschluß abtrüben.

Am schärfsten machen sich die Gegensätze innerhalb des Kampfbundes der Kampfbünde geltend, dessen Vorsitzender, General von Horn, bekanntlich die Parole für Hindenburg ausgegeben hat. Aus dem ganzen Lande hagelt es Protest gegen diese Stellungnahme des Generals von Horn. Unter dem Druck dieser Kundgebungen hat sich die Leitung des Kampfbundes entschließen müssen, den einzelnen Mitgliedern die Wahl völlig freizugeben und zu erklären, daß die bekanntgegebene Stellungnahme nur für das Präsidium gelte. Sehr zweckmäßig und folgerichtig ist diese Haltung nicht. Denn nach seinen eigenen Mitteilungen hat General von Horn dem Reichspräsidenten die Erklärung übermitteln wollen, daß die alten Soldaten sich für die Wiederwahl des Generalfeldmarschalls einsetzen würden. Die tatsächliche Entwicklung zeigt, daß General von Horn sich übernommen hat, wenn er glaubte, er könne im Namen aller dieser sprechen, die von der großen Organisation des Kampfbundes erfasst werden.

Diese Präsidentenwahl, die einschneidende Entscheidung für alle Teile mit sich bringt, führt offensichtlich zu einer Scheidung der Geister. Am stärksten macht sich dieser Prozeß bemerkbar bei den Gruppen, um die sich der Kampf eigentlich dreht. Nach der Wahl wird sich erst ein klarer Ueberblick über die Neubildung der politischen Fronten gewinnen lassen.

## Botschafter Radolny spricht für den amerikanischen Rundfunk.

Genève, 24. Februar. Botschafter Radolny hielt heute im Sendesaal des Radio Genéve eine über die amerikanische Rundfunkgesellschaft Colombia Broadcasting System nach Amerika übertragene Rede, in der er den amerikanischen Hören den Standpunkt der deutschen Delegation auf der Überlieferungskonferenz darlegte.

Der Botschafter betonte, daß Deutschland eine effektive Herabsetzung der Rüstungen und die Befestigung seiner bisherigen Diskriminierung fordere, damit es die von der Konferenz zu beschließende Abrüstungskonvention mit den gleichen Rechten und Pflichten unterzeichnen könne, wie alle übrigen Staaten.

Zu den französischen Forderungen nach weiterem Ausbau des sogenannten internationalen Sicherheitsystems bemerkte Botschafter Radolny, daß die Schaffung einer internationalen

## Der zweite Tag der Reichstagsausssprache.

Erneute Unruhen. — Dreimalige Unterbrechung der Sitzung.

Berlin, 24. Februar. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache.

Ueber die Zwischenfälle am Dienstag nimmt

## Reichsminister Groener

das Wort zur folgenden Erklärung:

Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn gestern durch den Abgeordneten Dr. Goebbels der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt und der die Front auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (siehe Weisfall), in Verbindung mit Deserteurern gestellt wurde. (Abg. Dr. Goebbels (Natf.): Das ist nicht geschehen, Herr Minister!) Es ist um so unerhörter, wenn das ein Mann auszusprechen wagte, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt. (Geheißte Zustimmung.) Das kann der Größe des Feldmarschalls edensowenig Abbruch tun wie der Berehrung, die das deutsche Volk ihm wegen seiner treuen Pflichterfüllung im Krieg und Frieden entgegenbringt. (Geheißter Beifall.) Als Mitglied der Reichsregierung und als Wehrminister fühle ich mich verpflichtet, diese ungeheuerliche Bemerkung als eine Beleidigung nicht nur des Reichspräsidenten (Zuruf rechts: Das stimmt ja gar nicht!), sondern des deutschen Volkes aufs schärfste zurückzuweisen.

Die Erklärung Groeners wurde wiederholt durch Beifall der Mehrheit und dauernde Zurufe der Nationalsozialisten, die sich dagegen wandten, daß Dr. Goebbels die Beleidigung gegenüber dem Reichspräsidenten gestern ausgesprochen habe, unterbrochen. Es gab dann noch ein kurzes Nachspiel. Die scharfen Maßnahmen, die der Präsident Löbe gegen die Abgeordneten zu Beginn der Sitzung angeordnet hatte, wurden sofort von ihm nach der Rede des Reichsministers wahr gemacht. Er schloß den nationalsozialistischen Abgeordneten Ley und den deutschnationalen Abgeordneten Kieiner von der Sitzung aus. Auf Löbes Frage, ob derjenige Abgeordnete sich melden wolle, der gerufen habe: „Herr Groener ist ein typischer Schleber“, erfolgte keine Meldung.

## Nationalsozialistischer Einspruch gegen die Erklärung Groeners.

Abgeordneter Dr. Fied (Natf.) erklärte zur Geschäftsordnung, er müsse ferner Einspruch gegen die Erklärung des Ministers Groener erheben. Es handle sich um eine völlige Entstellung des wahren Tatbestandes. Darauf entzog ihm Präsident Löbe das Wort.

Unter großer Unruhe des Hauses betritt dann

## Dr. Breitscheid (Soz.)

die Tribüne. Er stellt fest, daß die Parlamentarier von der nationalsozialistischen Presse dauernd beschimpft würden. Nach diesen ersten Worten Breitscheids wollte die Mehrheit der nationalsozialistischen Fraktion den Plenarsaal verlassen, blieb aber auf einen Wink des Führers im Hause. Dagegen erwiderte von der Rechten nunmehr unun-

terbrochen lautes Gemurmel. Eine große Anzahl der Abgeordneten hatten sich Zeitungen vorgenommen, und es hatte den Anschein, als ob daraus vorgelesen würde. Auch jetzt gelang es dem Präsidenten Löbe nicht, dem Redner, der nur schwer gegen das Stimmengewoge ankämpfte, Gehör zu verschaffen.

Dr. Breitscheid führt aus, daß sich der Kampf der Nationalsozialisten vor allem gegen die Sozialdemokratie richte, die sie als ihren Hauptfeind ansehen. Wenn Hindenburg einen Bruch des Systems veranlassen würde, würde er heute wieder von der nationalen Front aufgenommen werden. Selbstverständlich habe Hindenburgs Weltanschauung mit der sozialistischen nichts zu tun. Die Sozialdemokratische Partei sei von Hindenburg angelehnt und entsäuert worden. Als im Laufe der Rede Dr. Breitscheids die Unruhe bei den Nationalsozialisten wieder größer wird, greift Präsident Löbe ein und erklärt, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Better dauernd aus Drucksachen des Reichstags laut vorlese, um die Verhandlungen zu stören. Er schließt deshalb den Abgeordneten Better von der Sitzung aus.

Es kommt zu neuen scharfen Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und dem Präsidenten. Einige nationalsozialistische Abgeordnete versuchen den Präsidenten, an den sie herangehen, aufzuklären, die nationalsozialistische Fraktion verläßt aber gleich darauf geschlossen den Saal, worauf der Abgeordnete Breitscheid seine Rede fortsetzen kann.

Dann wendet sich Breitscheid plötzlich an den Reichswehrminister Groener, der erst in den Saal gerufen werden mußte, und spricht sehr scharf gegen dessen Reichswehrverlaß, der die Möglichkeit des Eintritts von Nationalsozialisten in die Reichswehr gibt. Man erwarte, daß Breitscheid die Reichsregierung wegen dieses Erlasses nunmehr scharf angreifen und ihr vielleicht sogar die Aufkündigung des Vertrauens androhen werde. Der Redner der Sozialdemokratie beschränkt sich aber auf die Aufforderung an den Reichswehrminister, den Erlass einer „ernsten Nachprüfung“ zu unterziehen.

## Reichswehrminister Groener

ergreift darauf zu seiner Erwiderung das Wort: „Eine Einzelheit des Erlasses hat Anlaß gegeben zu einer Aussprache mit dem Bundesführer des Reichsbanners. Ich stelle fest, daß Herr Hiltmann in seinen darauf folgenden Reden und in einem an mich gerichteten Brief als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet hat, dem Gerede vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat es abgelehnt, daß das Reichsbanner sich mit der Auffstellung von illegalen Polizeiverbänden befasse. Ebenso wolle er sich nicht illegal mit militärischen Organisationen befassen. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese Rückschlüsse in seinem Bunde durchzuführen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Maßnahmen des Staates genügen. In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Hiltmann meine loyalen Erklärung begründet. Weiter ist zu sagen:

Sie (zu dem Sozialdemokraten gewandt) unterstellen einen Areswechsel dem Reichswehrministerium. An einen